

Editorial

Bei der 50-Jahrfeier des Cerfa / Ifri, deren Debattebeiträge in dieser Ausgabe nachzulesen sind, wurde von Senator Jean-François Poncet die Hoffnung artikuliert, dass Deutschland und Frankreich nach positiver Abstimmung über den Verfassungsvertrag gemeinsam und unabhängig von den Briten, die den Vertrag ohnehin ablehnen würden, die europäischen Ambitionen in die Realität würden umsetzen können. Diese Hoffnung ist durch das französische Nein beim Referendum nachhaltig gedämpft worden. Man kann sich zwar damit trösten, dass die Franzosen, anders als noch bei der Maastricht-Abstimmung, den europäischen Einigungsprozess selbst nicht infrage gestellt haben, sondern Europa auch bei den Neinsagern eine überwältigende Mehrheit von Befürwortern findet. Aber es reicht doch nicht, mit dem früheren Erweiterungskommissar Günter Verheugen nun einfach ein „weiter so“ zu proklamieren.

Die französischen Verfassungsgegner wollten, wie aus den Beiträgen unseres Dossiers hervorgeht, in erster Linie mehr Arbeitsplatzsicherheit, und sie haben ihre soziale Verunsicherung mit den Entwicklungen in Europa, nicht zuletzt mit den europäischen Erweiterungsschritten in Verbindung gebracht, die über ihre Köpfe hinweg entschieden worden sind. Eine europäische Integrationspolitik, die die Sorgen der Menschen ernst nähme, müsste daher, wie Sabine von Opateln ausführt, zuallererst eine Einigung über das gemeinsam anzustrebende Sozialmodell herbeizuführen versuchen. Dazu dürfte es kaum reichen, wenn Staatspräsident Jacques Chirac und sein neuer Premierminister Dominique de Villepin gebetsmühlenartig ihr Bekenntnis zum französischen „modèle social“ wiederholen. Denn das ist nicht nur in Europa nicht mehrheitsfähig, es ist selbst

innerhalb der Regierungspartei UMP umstritten. Deren Vorsitzender Nicolas Sarkozy hat wiederholt darauf hingewiesen, dass ein Modell, das 10 Prozent Arbeitslose, Millionen Sozialhilfeempfänger und aus dem Ruder laufende öffentliche Finanzen produziert (siehe hier den Beitrag von Henrik Uterwedde), nicht länger als Modell angesehen werden könne. Bevor Paris gemeinsam mit Berlin ein europäisches Sozial- und Wirtschaftsmodell vorschlagen kann, müsste es sich daher zunächst auf ein eigenes, der Bevölkerung vermittelbares Modell verständigen.

Überhaupt kann das deutsch-französische Duo derzeit nicht viel Überzeugendes zur Weiterentwicklung Europas beitragen. Chirac ist durch seine Schlappe beim Referendum schwer angeschlagen (siehe den Beitrag von Medard Ritzenhofen), und der deutsche Bundeskanzler hat Neuwahlen beschlossen. Da wundert es nicht, wenn beim letzten deutsch-französischen Gipfel in Paris am 10. Juni 2005 nicht viel mehr herausgekommen ist als die berechnete, aber auch wohlfeile Forderung an die Briten, durch Abschmelzen ihres Beitragsrabatts eine Einigung über den EU-Haushalt zu erleichtern. Chiracs eigene Solidarität hört da auf, wo Frankreichs agrarpolitische Pfründe durch eine jahrelang von Kommission und Deutschland (bis 2002) vergebens geforderte Reform geschmälert werden könnten. Daraus erklärt sich die relativ geringe Nettobelastung Frankreichs. Sie beträgt bei Fortdauer des „Britten-Rabatts“ 1 763 Millionen Euro gegenüber 7 652 Millionen Euro für Deutschland. Bei Wegfall des Rabatts würde die vom früheren Europaminister Pierre Moscovici einmal als völlig ungerechtfertigt kritisierte Begünstigung Frankreichs noch krasser ausfallen. Seine Nettobelastung läge dann bei 269 Millionen, die für Deutschland bei 7 217 Millionen. Aber bei diesem Thema sind Chirac die Hände mindestens so sehr gebunden wie Tony Blair beim Beitragsrabatt.

JOHANNES THOMAS